



II-9610 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

DR. FRANZ LÖSCHNAK
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

Zahl: 50 115/319-II/2/89

Wien, am 29. Dezember 1989

An den

Präsidenten des Nationalrates
Rudolf PÖDER

Parlament
1017 W i e n

4435 IAB

1990 -01- 04

zu 4482 1J

Die Abgeordneten zum Nationalrat SRB und Freunde haben am 9. November 1989 unter der Nr. 4482/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Übergriffe der Polizei und Gendarmerie (ERAT)" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Wie lautet der Polizeibericht über nachstehend mit Datum, Opfer und Ortsangabe bezeichneten Vorfall?
2. Wurde gegen in diesen Vorfall verwickelte Beamte Strafanzeige erstattet?
3. Falls Strafverfahren gegen in den Vorfall verwickelte Beamte stattfanden, wie endeten diese Verfahren in erster, wie in zweiter Instanz?
4. Falls es rechtskräftige Verurteilungen von in diese Verfahren verwickelte Beamten gab, welche dienstrechtlichen Konsequenzen wurden gezogen?
5. Falls es zu Versetzungen von Beamten kam, in welche Kommissariate bzw. Gendarmerieposten erfolgten diese?
6. Wurden gegen den Beschwerdeführer im Zusammenhang mit der Strafanzeige gegen in den Vorfall verwickelte Beamten strafrechtliche Schritte eingeleitet?
7. Bejahendenfalls: Nach welchen Bestimmungen des Strafgesetzbuches wurden strafrechtliche Schritte gegen den Beschwerdeführer eingeleitet?

Vorfall: 4.2.1989,
Norbert ERAT, ("KURIER 5.2.1989), Bundespolizei Villach"

- 2 -

Der Umstand, daß die Arbeit der Sicherheitsexekutive im Schutzbereich so sensibler und schützenswerter Rechtsgüter, wie jenen der persönlichen Freiheit und der körperlichen Unversehrtheit, geleistet wird, macht es erforderlich, im Rahmen sowohl der Ausbildung als auch der Dienstaufsicht ständig darum bemüht zu sein, daß bei Wahrung der Effizienz der Sicherheitsbehörden die Belastung der Betroffenen durch Grundrechtseingriffe so gering wie möglich ausfalle. Ich habe mich daher seit der Übernahme der Verantwortung im Innenressort in diesem Bereich bemüht,

- Maßnahmen zu setzen, die der Rechtssicherheit der Bürger aber auch der Angehörigen der Sicherheitsexekutive dienen,
- Mechanismen zu entwickeln, die einen objektiveren Umgang mit Mißhandlungsvorwürfen ermöglichen und
- das Instrumentarium für eine den Anforderungen an die Sicherheitsexekutive entsprechende disziplinarrechtliche Reaktion zu sichern.

Dementsprechend wurden unter Bedachtnahme auf die seit langem erhobene Forderung nach Erlassung eines "Polizeibefugnisgesetzes" Initiativen zur gesetzlichen Regelung der den Sicherheitsbehörden auf dem Gebiete der allgemeinen Sicherheitspolizei zukommenden Aufgaben und der der Sicherheitsexekutive hiezu eingeräumten Befugnisse ergriffen. Der Entwurf eines "Sicherheitspolizeigesetzes" wird Anfang nächsten Jahres der allgemeinen Begutachtung zugeführt werden. In seiner derzeitigen Konzeption sieht dieser Entwurf die Möglichkeit einer externen Überprüfung von Beschwerden, die gegen die Sicherheitsexekutive erhoben werden, vor.

Schon auf Anfragen, die Sie im Sommer dieses Jahres an mich gerichtet haben, teilte ich Ihnen mit, daß eine aus Vertre-

- 3 -

tern der Bundesministerien für Inneres und für Justiz bestehende Arbeitsgruppe gemeinsame Richtlinien der beiden Ressorts über die Verständigung Dritter von der Festnahme von Personen durch Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes und über ihren Verkehr mit Rechtsbeiständen erarbeitet hat. Damit wurden im Rahmen der geltenden Rechtsordnung die bestehenden Möglichkeiten ausgeschöpft, Personen, die von einem sicherheitsbehördlichen Freiheitsentzug betroffen sind, den Kontakt zu Angehörigen, insbesondere aber auch zu Verteidigern, zu ermöglichen. Es ist nunmehr für die meisten Angehaltenen, die dem Gericht eingeliefert werden, sichergestellt, daß sie innerhalb des Zeitraumes von etwa 24 Stunden nach dem Ende der sicherheitsbehördlichen Vernehmung ein Gespräch von Angesicht zu Angesicht mit einem Verteidiger entweder noch bei der Sicherheitsdienststelle oder schon im gerichtlichen Gefangenenhaus führen können.

Schließlich habe ich auch Initiativen ergriffen, um im Bereich des Disziplinarrechtes eine angemessenere Reaktion auf festgestellte Dienstpflichtverletzungen zu gewährleisten: in Fällen, in denen durch das Verhalten eines Beamten das Vertrauen der Bevölkerung in die sachgerechte Vorgangsweise der Sicherheitsexekutive erschüttert worden ist, soll die Möglichkeit eröffnet werden, den Beamten anders einzusetzen.

Letztlich muß ich aber auch aus Anlaß dieser Anfrage darauf hinweisen, daß für Beamte, gegen die straf- und/oder disziplinarrechtlich relevante Vorwürfe erhoben werden, der in der Verfassung (Art. 6 EMRK) verankerte Grundsatz der Unschuldsvermutung - so wie für jedermann - gelten muß: bis zum Beweis des Gegenteiles habe ich daher von ihrer Unschuld auszugehen.

Im einzelnen führe ich zur vorliegenden Anfrage aus:

Zu Frage 1:

Am 4.2.1989, um 09.05 Uhr, wurde aus Gründen, auf die ich im Hinblick auf meine Verpflichtung zur Wahrung des Amtsgeheimnisses ohne Zustimmung der Angehörigen des Betroffenen nicht eingehen kann, versucht, den Lenker eines PKW's anzuhalten. Nachdem dieser Lenker - es handelte sich um Norbert ERAT - zwei zu seiner Anhaltung errichtete polizeiliche Straßensperren durchbrochen hatte, gab ein Beamter zwei Warnschüsse ab. Da dies den Lenker nicht beeindruckte, gab der Beamte einen gezielten Schuß gegen den PKW ab, der ERAT in den Hinterkopf traf. Der PKW prallte danach gegen eine Einfriedung. Norbert ERAT verstarb in den Nachmittagsstunden des 4.2.1989 an den Folgen der Schußverletzung.

Zu Frage 2:

Ja.

Zu Frage 3:

In erster Instanz erfolgte eine Verurteilung, die jedoch noch nicht rechtskräftig ist.

Zu Frage 4:

Im Hinblick auf die Beantwortung der Frage 3 entfallen weitere Ausführungen.

- 5 -

Zu Frage 5:

Eine Versetzung erfolgte nicht.

Zu den Fragen 6 und 7:

Im Hinblick auf die Beantwortung der Frage 1 entfallen weitere Ausführungen.

Franz J. J.